



09-01-1992

1000 BRÜSSEL

Leopoldstraat 6 - Rue Léopold 6

Tel. 02/210.10.11

An den Herrn Gouverneur  
der Provinz Lüttich  
Place Saint-Lambert 18a

4000 Lüttich

I/Schreiben vom

I/Ref.

U/Ref.

Beilagen

23.043/II/PD/CJ  
CB

Sehr geehrter Herr Gouverneur,

die Vereinigten Abteilungen der Ständigen Kommission für Sprachenkontrolle haben in ihrer Sitzung vom 9. Oktober 1991 die Klage untersucht, die am 13. Februar 1991 gegen die Provinz Lüttich, "Provinziale Dienststelle für Umweltfragen" (S.P.I.E.), aufgrund der Tatsache eingereicht worden war, daß besagte Dienststelle im Rahmen des Jahres der Hecke Broschüren und Formulare verteilt, die ausschließlich in französischer Sprache erhältlich sind. Die Regelung des Lütticher Provinzialrates bezüglich der Prämie stände ebenfalls nur in französischer Sprache zur Verfügung.

Die Verteilung einer Broschüre durch eine öffentliche Dienststelle stellt eine Bekanntmachung und eine Mitteilung an die Öffentlichkeit dar, im Sinne der durch Königlichen Erlaß vom 18. Juli 1966 koordinierten Gesetze bezüglich des Sprachengebrauchs in Verwaltungsangelegenheiten.

Das Antragsformular kann bei der S.P.I.E. angefragt werden (Artikel 2 der Regelung). Es handelt sich demzufolge um eine Beziehung dieser Dienststelle mit einer Privatperson, deren Sprache bekannt ist.

Der Tätigkeitsbereich der "Provinzialen Dienststelle für Umweltfragen" erstreckt sich auf die gesamte Provinz Lüttich. Im Sinne von Artikel 36, Paragraph 1 ist die besagte Dienststelle eine regionale Dienststelle.

Diese Dienststelle untersteht Artikel 34, Paragraph 1, was die für die Öffentlichkeit bestimmten Bekanntmachungen, Mitteilungen und Formulare; die Beziehungen mit Privatpersonen, die Anfertigung von Urkunden, Bescheinigungen, Erklärungen und Genehmigungen anbetrifft.

Diese Dienststelle verfaßt die Bekanntmachungen und Mitteilungen, die an die Öffentlichkeit gerichtet sind, und

die Formulare, die der Öffentlichkeit direkt ausgehändigt werden, in der Sprache oder in den Sprachen, die den lokalen Dienststellen der Gemeinde ihres Sitzes diesbezüglich vorgeschrieben werden.

In ihrem Gutachten Nr 1868 vom 5. Oktober 1967 vertrat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle die Ansicht, daß es zwecks Anwendung von Artikel 34, Paragraph 1 angebracht sei, Regelungen anzunehmen, die sowohl dem Buchstaben des Gesetzes als auch den Zielsetzungen des Gesetzgebers Rechnung tragen.

Demnach vertrat die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle folgende Ansicht: Der Gesetzgeber hat, indem er den Rückgriff auf die Sprache vorsah, die den lokalen Dienststellen der Gemeinde, in der die Dienststelle ihren Sitz hat, diesbezüglich vorgeschrieben wird, nur die Bekanntmachungen anvisieren wollen, die in den Gebäuden dieser Dienststellen direkt an die Öffentlichkeit gerichtet sind. Die Bekanntmachungen und Mitteilungen, die in den anderen Gemeinden des Tätigkeitsbereiches an die Öffentlichkeit gerichtet werden, unterliegen der Sprachenregelung, die den lokalen Dienststellen dieser Gemeinden diesbezüglich vorgeschrieben wird.

Diese Interpretation wird im Übrigen durch Unterabsatz 4 von Artikel 34, Paragraph 1 bestätigt, wenn dieser darlegt, daß "wenn eine regionale Dienststelle sich in einer Gemeinde ohne besondere Sprachenregelung befindet, die Öffentlichkeit der in diesem Bezirk gelegenen Gemeinden, für die eine andere Sprachenregelung oder eine besondere Sprachenregelung gilt, hinsichtlich der unmittelbar ausgehändigten Dokumente die gleichen Rechte genießt wie die, die ihr in den besagten Gemeinden zuerkannt werden."

Was für die Formulare gilt, kann auch für die an die Öffentlichkeit gerichteten Bekanntmachungen und Mitteilungen gelten, die im allgemeinen derselben Regelung unterstehen.

In ihren Beziehungen mit einer Privatperson bedient sich die oben angeführte Dienststelle der Sprache, die den lokalen Dienststellen der Gemeinde, in welcher der Betroffene wohnt, diesbezüglich vorgeschrieben wird.

Demzufolge erklärt die Ständige Kommission für Sprachenkontrolle die Klage zwar für zulässig, jedoch nicht für begründet, was die Veröffentlichung der Regelung anbetrifft, da diese ebenfalls in deutscher Sprache veröffentlicht worden ist.

Die Klage ist begründet, was die Verbreitung der einsprachigen französischen Broschüre und das Fehlen von Antragsformularen in deutscher Sprache angeht.

Das vorliegende Gutachten wird dem Kläger zugestellt.

Hochachtungsvoll

Der Präsident

A. VAN CAUWELAERT-DE WYELS